

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXII. Jahrgang, Nr. 6

Juni 1949

Inhalt

Erste Reaktionen auf das dritte Preis-Lohn-Abkommen

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Preise, Lebenshaltungskosten, Löhne; Zu den quantitativen Auswirkungen des dritten Preis-Lohn-Abkommens — Ernährung — Land- und Forstwirtschaft — Energiewirtschaft — Gewerbliche Produktion; Die Österreichischen Stickstoffwerke in Linz — Umsätze — Arbeitslage — Verkehr — Außenhandel

Zur Intensivierung der Schweinehaltung in Österreich

Die künftige Versorgung mit Schweinefleisch

Die Futtermittelversorgung — Die Rentabilität der Schweinemast — Die voraussichtliche Entwicklung der Schweineproduktion

Zur Kommerzialisierung der Österreichischen Bundesbahnen

Die grundsätzliche Problematik — „Finanziell-wirtschaftliche“ oder „formal-juristische“ Autonomie

Österreichische Wirtschaftszahlen (*Genauere Inhaltsangabe auf der 3. Umschlagseite*)

Erste Reaktionen auf das dritte Preis-Lohn-Abkommen

Die Wirtschaft hat in den ersten vier Wochen auf das dritte Preis-Lohn-Abkommen bemerkenswert ruhig reagiert. Erzeuger, Händler und Käufer haben bisher ein hohes Maß an Zurückhaltung gezeigt.

Diese Besonnenheit mag vor allem durch die auf Seite der privaten Nachfrage eingetretene Kaufkrafteinbuße, aber auch durch die anhaltend günstige Entwicklung der gewerblichen Produktion und durch die ausgezeichneten Ernteaussichten begründet sein. *Gewerbliche Produktion* und *Produktivität* haben im April trotz dem Ausfall zweier Arbeitstage mit rund 115% und 79% (1937 = 100) neue Höchstleistungen seit Kriegsende erzielt. Nach bisher vorliegenden Meldungen dürfte sich die günstige Entwicklung auch im Mai, also bereits nach Bekanntwerden des neuen Preis-Lohn-Abkommens, fortgesetzt haben. Auch die Aussichten auf eine überdurchschnittliche *Ernte der Landwirtschaft* könnten nur noch durch außergewöhnliche Witterungsunbilden enttäuscht werden.

Mit Ausnahme der direkt verfügbaren Preiserhöhungen haben sich zumindest bisher nur *relativ zögerliche Preissteigerungen* durchgesetzt. Zwar

fehlt es auf Seite der Unternehmer begrifflicherweise nicht an Versuchen, zumindest einen Teil der gestiegenen Produktions- und Verteilungskosten durch höhere Preise abzuwälzen. Für *preisgeregelt* Waren haben verschiedene Unternehmergruppen bei ihren zuständigen Fachorganisationen Anträge auf Preiserhöhungen eingebracht, um sich zumindest formal, unbeschadet der tatsächlichen Realisierungsmöglichkeiten, das Recht auf Preiskorrekturen zu sichern. Es bleibt jedoch abzuwarten, ob und inwieweit es den Unternehmern angesichts der empfindlich beschränkten Kaufkraft der Bevölkerung in weiterer Folge möglich sein wird, die legal zugestandenen Preismargen auszunützen.

Die *freien* und die „schwarzen“ *Marktpreise* haben unmittelbar nach dem Preis-Lohn-Abkommen nur mit geringen Erhöhungen reagiert. (Die „schwarzen“ Nahrungsmittelpreise z. B. stiegen durchschnittlich um 11%, die „schwarzen“ Devisenkurse und der freie Goldpreis um je 14%, die Versteigerungspreise im Wiener Dorotheum blieben fast unverändert.) Diese Bewegung ist aber bereits wieder, nicht zuletzt unter dem Eindrucke sinkender Weltmarktpreise, zum Stillstand gekommen; es bestehen

Anzeichen, daß die Preise vor allem minderlebenswichtiger Güter bereits wieder rückläufig geworden sind.

Die *Lebenshaltungskosten* (nach einem Normalverbrauchsschema für eine vierköpfige Arbeiterfamilie) sind in der Berichtsperiode von 363,0 auf 431,9 (1938 = 100) gestiegen. Diese Erhöhung geht nur zum Teil (zu 14,2%) auf das neue Preis-Lohn-Abkommen zurück. Teilweise ist die Verteuerung der Lebenshaltung saisonbedingt (z. B. durch die Frühkartoffeln) oder rein fiktiv (z. B. infolge der Freigabe der Eier, die bisher zu den billigen amtlichen Preisen nur in geringen Mengen erhältlich waren). Da die durchschnittlichen *Arbeiter-Netto-Tariflöhne* (für eine vierköpfige Arbeiterfamilie) auf Grund des Abkommens nur um 10,6% erhöht wurden, vergrößerte sich der Abstand zwischen dem Lebenshaltungskostenindex und dem Tariflohnindex, der im Mai 13,5% betragen hatte, auf 22,0% (unter Berücksichtigung der am 1. Juli in Kraft tretenden Lohnsteuerbestimmungen).

Wie jedoch wiederholt erwähnt wurde, besitzt der Lebenshaltungskostenindex seit Kriegsende aus vielerlei Gründen nur einen sehr beschränkten Erkenntniswert. Zwar spiegelt er in dem Maße, als sich die wirtschaftlichen Verhältnisse normalisieren, den Abstand zwischen dem gegenwärtigen und dem vorkriegsmäßigen Lebensstandard richtig wider; dagegen vermittelt er über die *Entwicklung* der Lebenshaltung in den letzten Jahren und Monaten kein richtiges Bild. Der Index zeigt nur die Entwicklung der amtlichen Preise eines bestimmten Bündels von Waren an — unabhängig davon, ob man diese zu kaufen bekam oder nicht. Dadurch blieben unvermeidlich alle jene vor allem seit der Währungsreform eingetretenen Verbesserungen des Realeinkommens unberücksichtigt, die sich aus dem zunehmend reichlicheren Güterangebot und aus den Möglichkeiten eines Ausweichens in billigere und bekömmlichere Qualitäten ergaben. Vor allem aber fällt ins Gewicht, daß die Schwarzmarktpreise für Nahrungsmittel, die im Jahre 1947 27mal und im Jahre 1948 immerhin noch 6½mal höher waren als die offiziellen Preise, vor dem dritten Preis-Lohn-Abkommen nur noch das 2,2fache betragen haben. Die weitere *Verringerung* des Abstandes zwischen amtlichen und „schwarzen“ Preisen für Nahrungsmittel nach dem Abkommen (die „schwarzen“ Nahrungsmittelpreise betragen gegenwärtig nur noch das 1,7fache der amtlichen Preise) bedeutet allerdings keine Erhöhung des Realeinkommens. Die Angleichung der beiden Preis-

niveaus kam nur dadurch zustande, daß die amtlichen Preise stärker stiegen (45%)¹⁾ als die „schwarzen“ Preise (11%).

Da die Sanierung des österreichischen Budgets einseitig zu Lasten der privaten Nachfrage (Investitionen und Konsum) angestrebt wurde, ist, wenn die Investitionstätigkeit der Privatwirtschaft nicht zu stark gehemmt werden soll, teilweise auch eine Einschränkung des privaten Konsums unvermeidlich. Es wäre jedoch abwegig, das wirkliche Ausmaß dieser Opfer durch eine irreführende Interpretation des Lebenshaltungskostenindex über Gebühr zu vergrößern²⁾.

Die *Konsolidierung der Währungslage* in den vergangenen Monaten drückt sich in der Entwicklung des Notenumlaufes aus. Während der Notenumlauf im Jahre 1948 im Monatsdurchschnitt noch um 177 Mill. S zunahm, stieg er im ersten Quartal 1949 monatlich nur noch um 66 Mill. S. Im Mai d. J. ist er erstmalig seit der Währungsreform sogar um 112 Mill. S zurückgegangen. Wenn auch noch nicht abzusehen ist, wie in weiterer Folge das neue Preis-Lohn-Abkommen die monetäre Lage beeinflussen wird, so spricht manches dafür, daß — soferne die Löhne nicht neuerdings gesteigert werden — der durch die Preis- und Lohnerhöhungen verstärkte Geldbedarf der Wirtschaft zu einem guten Teil (trotz partieller Geldknappheit) aus doch noch vorhandenen Geldreserven der Betriebe und durch die Umlenkung des Kaufkraftstromes von minderlebenswichtigen auf lebenswichtige Bereiche (bei gleichzeitigen Preissenkungen in jenen) gedeckt werden wird.

Die *Zahl der krankenversicherten Arbeitskräfte* ist im Mai um weitere 30.000 (plus 1,6%) auf 1.915.200 gestiegen. Sie ist damit zum erstenmal höher (um 11.100) als im gleichen Monat des Vorjahres. Die Zunahme der Beschäftigung ergab sich trotz einer stetigen Verminderung des krankenversicherten Personals der Bundesbahnen, dessen Zahl von 101.100 im September v. J. auf 89.800 im Mai d. J. abnahm. Im Mai verringerte sich die *Zahl*

¹⁾ Nahrungsmittelpreise für Brot, Mehl, Fleisch, Fett und Zucker; siehe S. 245.

²⁾ Wie wenig der Abstand zwischen Lohnindex und Lebenshaltungskostenindex bei Vergleichen mit den letzten Jahren aussagen kann, geht daraus hervor, daß, gemessen an den Abständen, das Realeinkommen des Arbeiters heute (bei einem Abstand von +22,0%) geringer sein müßte als 1946 (Abstand durchschnittlich -4%) oder 1947 (Abstand durchschnittlich +5,1) — eine Folgerung, die zweifellos nicht zutrifft.

der Stellensuchenden in Österreich um 17.167. Angesichts der regen Bautätigkeit ist mit einer weiteren saisonüblichen Abnahme der Arbeitslosigkeit bis Ende September zu rechnen.

Die *Umsatzstätigkeit* zeigt seit Monaten eine Tendenz, die in Zukunft wahrscheinlich noch deutlicher hervortreten wird: Die kaufkräftige Nachfrage beschränkt sich mehr und mehr auf lebensnotwendige Waren (Bekleidung, Textilien, wichtigen Hausrat) und verzichtet auf minderwertige Güter (Parfümerien, Lederwaren, Spielwaren u. ä.).

Nach verhältnismäßig günstiger Entwicklung in den vergangenen Monaten hat der *Außenhandel* im April¹⁾ einen Rückschlag erfahren; die Ausfuhr ging um 28.5 Mill. S auf 258.3 Mill. S und die kommerzielle Einfuhr um 26.2 Mill. S auf 338.7 Mill. S zurück. Dieser Rückgang wäre an sich noch nicht bedenklich, wenn die österreichische Außenhandelsituation nicht aus anderen Gründen in einem sehr ungünstigen Lichte erschiene. Die fortschreitende Sättigung der Auslandsmärkte und die Erwartung weiter sinkender Preise kündigte sich bereits seit Monaten teils in einer Schrumpfung, teils in einer Stagnation des Welthandels an. Auch die österreichische Ausfuhrentwicklung spiegelt diese Tendenz: Die Zuwachsrate des Ausfuhrvolumens, die vom III. zum IV. Quartal 1948 noch rund 17% betrug, hat sich im I. Quartal 1949, teilweise aus saisonmäßigen Gründen, auf rund 4% verringert. Aber während die gegenwärtige Stagnation für andere Länder, deren Ausfuhrvolumen bereits mehr oder minder über dem Vorkriegsstand liegt, nur eine unliebsame Störung bedeuten mag, berührt sie die österreichische Wirtschaft an ihrem Lebensnerv. Der Ausgleich der österreichischen Zahlungsbilanz, also die Sicherung der wirtschaftlichen Selbständigkeit, würde eine Steigerung des Exports um mindestens 30% über den Stand von 1937 erfordern; das Ausfuhrvolumen dagegen erreicht kaum erst 70% der Vorkriegshöhe (im I. Quartal 1949 67.7%, von 1937). Österreich müßte also sein gegenwärtiges Ausfuhrvolumen, wenn es seine Zahlungsbilanz auf dem bescheidenen Lebensstandard der Vorkriegszeit aus eigenen Kräften ausgleichen will, noch ungefähr verdoppeln.

Gemessen an dieser Aufgabe müssen alle bisherigen Bemühungen um eine Steigerung der Ausfuhr als völlig unzulänglich bezeichnet werden, dies

¹⁾ Die Außenhandelsziffern in der Einleitung des letzten Monatsberichtes „Neuer Aufschwung der Wirtschaft vor dem dritten Preis-Lohn-Abkommen“ sind auf März zu beziehen; siehe *Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung*, Jg. XXII, Nr. 5, S. 169.

umsomehr, als das dritte Preis-Lohn-Abkommen die Schwierigkeiten noch bedeutend erhöht hat. Selbst wenn — was nicht sehr wahrscheinlich ist — Kompensationen und Agiotage auch nach der jüngsten Kostenverteuerung und Kaufkraftkürzung noch genügend Spielraum böten, das Ausfuhrvolumen in bisheriger Höhe zu halten, stünde Österreich vor dem Zwange zu einer grundsätzlichen Neuorientierung seiner Außenwirtschaftspolitik, bei der in Koordination mit der geplanten Neuordnung der europäischen Wechselkurse u. a. auch eine den Bedürfnissen der Exportindustrie Rechnung tragende Änderung des österreichischen Wechselkurses kaum mehr zu umgehen sein wird. So sehr in den vergangenen Jahren und Monaten noch triftige Gründe für das Festhalten an dem seinerzeit willkürlich festgesetzten Wechselkurs sprachen, so mögen sich nun mehr und mehr aus innen- und außenwirtschaftlichen Gründen die Gewichte zugunsten einer Rektifizierung des Wechselkurses verschieben. Der Weg, den die österreichische Wirtschaft seit der Währungsreform aus der Bewirtschaftung zur Marktwirtschaft gegangen ist, drängt auch auf dem Gebiet des Außenhandels zu adäquaten Entscheidungen, zu einer schrittweisen Ablösung der *direkten* Lenkung (in Form von manipulierten Wechselkursen, Aus- und Einfuhrkontingenten und -verboten usw.) durch *indirekte* Lenkungsmethoden (hauptsächlich durch eine den Bedürfnissen der Wirtschaft angepaßte Zollpolitik) bei einer freieren Wechselkursbildung. Auf dieser Linie liegen auch die von den USA stärkstens geförderten und anlässlich der Verhandlungen über den Abschluß des neuen intereuropäischen Zahlungsabkommens besonders aktuellen Bestrebungen um eine Intensivierung des internationalen und im besonderen des intereuropäischen Handels. Dieses Ziel soll vor allem durch den Übergang zum multilateralen Handel an Stelle des bisherigen bilateralen Handelssystems erreicht werden. Gerade ein in so hohem Maße vom Außenhandel abhängiges und wirtschaftlich wenig mächtiges Land wie Österreich kann sich im eigensten Interesse dieser Tendenz auf die Dauer nicht entziehen.

Die Intensivierung seiner Exportwirtschaft — neben der Steigerung der Produktivität die Kardinalfrage der österreichischen Volkswirtschaft — stellt die österreichische Wirtschaftspolitik allerdings vor *sehr schwierige Umstellungsprobleme*, deren ganzes Ausmaß erst nach Unterzeichnung des Staatsvertrages sichtbar werden wird, wenn die beschlagnahmt gewesenen Vermögenswerte sinnvoll in den Zusammenhang der österreichischen Wirtschaft eingegliedert werden müssen.